

DER BEITRAG DER OSTMITTELEUROPÄISCHEN STAATEN ZUR ERWEITERTEN EUROPÄISCHEN UNION

Die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Dies war auch der Anlaß für die internationale Konferenz über die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) am 13.–14. Juli 2001. Neugierig machte zunächst die schon im Titel angedeutete Umkehrung der gängigen Perspektive in der westeuropäischen Öffentlichkeit: Zumeist geht es nämlich darum, welchen Beitrag die EU leistet und was sie das Vorhaben der Ostintegration kosten wird. Besitzstandswahrung und (Verteilungs-) Ängste treten auf den Plan. In den Kandidatenländern wiederum regt sich angesichts von Übergangsfristen Unbehagen: Man möchte kein Bittsteller oder Mitglied „zweiter Klasse“ sein, wobei diese Wahrnehmung nicht zuletzt den „Euroskeptikern“ in den Beitrittsländern Aufwind gibt.

Vor diesem Hintergrund war die Ausgangsfrage nach dem Beitrag Ostmitteleuropas – die noch einer begrifflichen Opposition verhaftet blieb – als erster Schritt sinnvoll. Aus ihr erwachsen aber viel grundsätzlichere Fragen: Was sind die Ziele der EU und in welche Richtung soll sie sich entwickeln? Welche (mentalen) Ausgrenzungen in der Wahrnehmung gibt es? Denn der (ferne) Osten Europas ist noch nicht im Bewußtsein der westlichen Bevölkerung angekommen, das Europabild wird nach wie vor stark mit der westeuropäischen EU identifiziert und zehrt möglicherweise noch von alten Feindbildern.

Über die Zukunft Europas offen zu debattieren, sah denn auch die Präsidentin der Viadrina, Gesine Schwan, als Aufgabe der Frankfurter Universität. Das Verhältnis von West und Ost, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sollten in drei Podien erörtert werden, die den drei Aspekten Kultur, Politik und Wirtschaft gewidmet waren. Vorgegebene Leitfragen für die erste Diskussionsrunde – mit dem Titel „Ostmitteleuropa – eine andere europäische Kultur?“ – waren, welche kulturelle Besonderheiten diese Länder einbringen, welche historischen Erfahrungen für sie prägend gewesen waren und ob sie womöglich einen anderen Weg in die Moderne gehen. Cathérine Colliot-Thélène (Berlin) wandte sich grundsätzlich kritisch zu diesen Fragestellungen und impliziten Festschreibungen des „Anderseins“ gegenüber dem Westen und „Gleichmachens“ innerhalb Ostmitteleuropas: Trotz der gemeinsamen kommunistischen Erfahrung von vierzig Jahren, die auch bestimmte Formen des sozialen Lebens und der Distanzierung hervorgebracht haben, seien die Länder Ostmitteleuropas untereinander so unterschiedlich wie die westlichen, die durch die EU institutionell verbunden sind. Selbstverständlich existierende (kulturelle) Besonderheiten schrieb sie denn auch eher Generationsunterschieden als einem Ost-West-*divide* zu. Ihr Beitrag war eine eindringliche Aufforderung, Europa – und ebenso „die Moderne“ – als Vielfalt zu denken. Ähnlich äußerte sich Hagen Schulze (London) in seinem Schlußvortrag, der gerade nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eine „neue Wirklichkeit“ erkannte. Mahnend gab auch Karl Schlögel (Frankfurt/Oder) zu bedenken, daß durch Definitionen Bilder voneinander zementiert würden, ohne daß man genügend voneinander wisse. Grundprobleme seien

Erfahrungsmangel und das Fehlen von Gesprächen und Initiativen, um Europa kulturell miteinander zu verknüpfen.

Eva Karadi (Budapest) ging auf die eingangs formulierten Fragen in ihrem *Statement* direkter ein und stellte eine Präzisierung des Terminus „Kultur“ voran: Ausgehend von der heutigen eher anthropologisch-deskriptiven Auffassung in den Kulturwissenschaften – „Kultur ist, wie die Menschen ihr Leben organisieren und ihm einen Sinn zu geben versuchen“ – könne man von einer besonderen osteuropäischen Kultur sprechen, nicht aber im normativen Sinne einer „*high culture*“. Dennoch stelle sich heute das Problem des „westlichen Kanons“ und in Abgrenzung dazu die Gefahr der „Übernahme des beleidigten Tones des postkolonialen Diskurses“ und einer Stilisierung der eigenen Kultur. Karadi benannte einige kulturelle ambivalente Besonderheiten, die Ostmitteleuropa mitbringe: Die Erfahrung mit der Diktatur habe kritisches Denken und „Immunität gegen manche Ideologie und Konformitäten“ gefördert; andererseits hätten heute massenmediale Manipulationen doch Erfolg. Neben der „Antipolitik“, die sich nach der Wende zwar als nicht überlebensfähig erwiesen habe, stehe die Erfahrung der Kollaboration. Bezugnehmend auf die „antipolitische Tradition“ – auf die Frage, was geblieben ist oder nicht – hob schließlich Włodzimirz Borodziej (Warschau) hervor, daß diese gegenwärtig eher ein Rückzug ins Private als ein Eintreten in der Öffentlichkeit sei. Weder Antipolitik noch eine etwaige ideologiekritische Haltung zeigten heute Nachwirkungen im Wahlverhalten der Bevölkerung. Allerdings leiste die antipolitische Tradition mit der Frage nach der Rolle der Intelligenz im öffentlichen Leben dennoch einen wichtigen Beitrag für eine gesamteuropäische Diskussion.

Das zweite Podium am Nachmittag: „Ostmitteleuropa – ein neuer Politikstil in der EU?“ war von einstimmiger Kritik an der EU und zur „Solidaritätsbekundungen“ mit Ostmitteleuropa geprägt. Parteienlandschaften, politische Kultur und zivilgesellschaftliche Impulse sowie neue länderübergreifende Interessenkoalitionen in einer erweiterten EU kamen hier kaum zur Sprache. Christine Landfried (Hamburg) kritisierte mangelnde Bürgernähe in einem „Europa der Eliten“ und vermißte vor allem die Diskussion über ein gemeinsames, solidarisches Gesellschaftsmodell. František Černý (Prag) warnte davor, Europa auf den Binnenmarkt zu reduzieren. Er bemängelte vor allem die „Kapiteldiskussion“ im „Einigungsprozeß“ – den Begriff „Erweiterung“ lehnte er ab: der *acquis communautaire* sollte erst nach einer sofortigen vollen Mitgliedschaft allmählich erfüllt werden und nicht bereits Aufnahmebedingung sein. Černý bediente sich des Bildes vom europäischen Haus, in dem die Tschechische Republik rasch „Mieter“ werde wolle und dafür ihrerseits politische Phantasie einbringe. – Fraglich ist allerdings, ob der von ihm angeführte „Oppositionsvertrag“ ein Lehrstück der Demokratie ist, das Schule machen sollte. Zu überlegen ist vielmehr, ob die *civil society*, die 1989 in der Tschechoslowakei auflebte, wiederzubeleben ist.

Das dritte Podium war schließlich der Wirtschaft gewidmet. Hans-Jürgen Wäger (Frankfurt/Oder) betonte einleitend, daß der Beitrag der zukünftigen östlichen EU-Länder vor allem für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsbedingungen bedeutsam sei. Aus der ökonomischen Makroperspektive ist jede Markterweiterung vorteilhaft. Über die Verteilung zwischen Regionen, Unter-

nehmen und der Bevölkerung sowie über Wahrnehmungen sagt dies zunächst natürlich nichts aus. So gab Hermann Ribhegge (Frankfurt/Oder) auch mehrfach zu bedenken, daß die Verteilungskonflikte immens sein werden und gerade in den jetzigen Grenzregionen Wettbewerbshärten zu erwarten sind. Ein Problem stelle aber vor allem auch die ungerechte Behandlung Ostmitteleuropas bei der Strukturhilfe, in der Agrarpolitik und beim Arbeitsmarkt dar. Einerseits fordere die EU-Kommission ein Aufschließen zum *acquis communautaire*, andererseits sind die neuen Länder von direkten Beihilfen ausgenommen. László Csaba (Budapest) faßte daher zusammen, daß eigentlich eine politisierte Debatte über den Transfer geführt werde – im übrigen ein Erbe der englischen Premierministerin Thatcher in den achtziger Jahren –, obwohl die Umverteilung gar nicht so groß sei. Zu den wichtigen Anziehungskräften der EU gehöre ja auch der rechtlich-institutionelle Rahmen. Zukünftige Probleme dürften zudem vor allem im Bereich neuer EU-Peripherien und Nachbarschaftspolitik, beispielsweise in der Grenzregion zwischen Polen und der Ukraine, liegen.¹ Deutlich wurde insgesamt auch in den Äußerungen dieser Runde, daß die Europäische Union nicht nur eine „ökonomische Veranstaltung“ ist (Andrzej Byrt, Warschau).

Nicht anders als die öffentliche Diskussion, in der nun immerhin eine Verfassungsdebatte beginnt, zeigte die Konferenz in Frankfurt/Oder, daß über die Zukunft und Ziele einer erweiterten Union noch zu sprechen ist. Häufig herrscht noch Ratlosigkeit. Hier geht es einerseits darum, wie die „Eurosklерose“ und demokratischen Defizite überwunden werden können. Andererseits sind beim „Projekt Europa“ noch viel Unwissenheit und Ängste im Spiel. Man darf hier nicht schönreden, aber das Feld auch nicht nur den „Euroskeptikern“ überlassen.

¹ Positive Effekte für eine Nachbarschaftspolitik innerhalb einer erweiterten EU haben unlängst der tschechische und der deutsche Außenminister Jan Kavan und Joschka Fischer in einem gemeinsamen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung (18. Juli 2001, 8) skizziert: „[So] bietet gerade dieser größere europäische Rahmen, in dem Entscheidungen nach gemeinsam vereinbarten Regeln fallen, eine einzigartige Chance, die nicht immer einfache Nachbarschaft zwischen kleinen und großen Mitgliedsstaaten gleichberechtigt zu gestalten [...] es ist die Zukunft der deutsch-tschechischen Nachbarschaft.“